

05.05.09

Düker: Innenministerium nicht auf rechtsextreme Gewalt eingestellt

Monika Düker MdL, innenpolitische Sprecherin zu den brutalen Übergriffen gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in Dortmund am 1. Mai 2009:

"Es ist eine neue Dimension rechter Gewalt in NRW festzustellen. Dies wird nach den brutalen Überfällen von Dortmunder Neonazis auf friedlich demonstrierende 1. Mai- Demonstranten und Demonstrantinnen deutlich. Die Recherchen und Analysen des Verfassungs- und Staatsschutzes im Vorfeld solcher Demonstrationen sind demgegenüber unglaublich stümperhaft.

Auf rechten Internetseiten war am Tag zuvor aufgerufen worden, Mai-Demonstrationen in großen Städten zu stören. Dieser Aufruf hätte den Verfassungsschutz sofort in Alarmstimmung versetzen müssen. Wegen der verschiedenen rechten Aufzüge hätte ein besonderes Augenmerk auf Dortmund liegen müssen.

Hier muss für die Zukunft sehr viel sorgfältiger gearbeitet werden, schon im Herbst steht die nächste Demo der Rechtsextremisten in Dortmund an. Die Fehler des 1. Mai dürfen sich nicht wiederholen! Ich habe dazu für das nächste Plenum eine mündliche Anfrage gestellt."

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Monika Düker

Warum war die Polizei nicht ausreichend auf den Überfall von 300 Neonazis bei der Dortmunder 1. Mai-Kundgebung vorbereitet?

Sachverhalt:

Am 1.5.2009 trafen sich am Dortmunder Hauptbahnhof ca. 300 gewaltbereite und bewaffnete Neonazis. Anstatt- wie behauptet - Richtung Siegen zu einer Demonstration zu fahren, stürmten diese in die Dortmunder Innenstadt zum Versammlungplatz der 1. Mai Kundgebung. Die Dortmunder Polizei war auf die dann folgenden Angriffe der Neonazis auf PolizistInnen und TeilnehmerInnen der Kundgebung mit Steinen, Knallkörpern und Stangen nicht vorbereitet. Die daher nicht ausreichend ausgestatteten Dortmunder Einsatzkräfte stellten sich den Angreifern in den Weg und konnten diese letztendlich abdrängen. Dabei wurden mehrere PolizeibeamtInnen verletzt und Streifenwagen beschädigt. Bereits am Vortag gab es im Internet nach dem Verbot des rechtsextremen Aufmarsches in Hannover Aufrufe der rechtsextremen Szene zu dezentralen Aktionen in deutschen Städten. Darüber wurde die Dortmunder Polizei durch den Veranstalter der 1. Mai Kundgebung informiert. Die Lageeinschätzung der Polizei hat dies offenbar nicht berücksichtigt. Auch im Verfassungsschutzbericht 2008 wurde bereits vor einem Anwachsen gewaltbereiter rechtsextremistischer Gruppierungen ("Autonome Nationalisten") insbesondere im östlichen Ruhrgebiet gewarnt.

Ich frage die Landesregierung:

Warum erhielt die Dortmunder Polizei keine ausreichenden Informationen des Verfassungs- bzw. Staatsschutzes zur Vorbereitung des Einsatzes am 1. Mai?

Unterschrift